Aus der Sitzung des Gemeinderates Lieser vom 04.02.2025

Einwohnerfragestunde

Folgende Fragen der anwesenden Einwohner der Ortsgemeinde wurden im Rahmen der Einwohnerfragestunde gestellt:

- **Starkregen- und Hochwasservorsorgekonzept**

Ein Bürger äußerte die Befürchtung, dass das derzeitige Konzept Probleme bereiten könnte. Aus dem Rat wurde hierzu mitgeteilt, dass die Problematik bekannt sei und insbesondere der Wiesgraben ggf. zu viel Wasser führe. Die Hochwasser-Planungen seien jedoch mit der SGD-Nord abgestimmt. Zur Lösung seien mehr Wiesenflächen notwendig und es erfordere eine realistische Planung.

- **Photovoltaikanlage der Gemeinde**

Es wurde sich nach den Auswirkungen der geplanten PV-Anlage auf die Bodenversiegelung erkundigt und ob ein hydrologisches Gutachten unter Einbeziehung von Starkregenereignissen vorhanden sei. Aus dem Rat wurde hierzu mitgeteilt, dass dieses Gutachten im Zuge des Bebauungsplanverfahrens erstellt wird.

- **Projekt „Zukunft Dorf“**

Der Rat wurde darüber informiert, dass für das Projekt „Zukunft Dorf“ bereits Flächen auf gemessen und Vorlagen gebildet wurden. Dabei wurden zahlreiche Sachbeschädigungen an öffentlichen Einrichtungen oberhalb des Schlosses festgestellt, darunter an Wirtschaftswegen und Mauern. Die Gemeinde wird gebeten, die Überwachung von Schäden und die Sicherstellung der Sauberkeit verstärkt wahrzunehmen.

- **Bebauung im neuen Baugebiet**

Ein Bürger bemängelte, dass in vergangenen Gebieten kein Baugebot ausgesprochen wurde und dies im neuen Baugebiet erfolgen solle. Von Seiten der Gemeinde wurde darauf hingewiesen, dass für ein Neubaugebiet über Kaufverträge eine Bauverpflichtung auferlegt werden kann, aber ein Baugebot nach dem BauGB als nicht umsetzbar betrachtet wird. Die Verwaltung ergänzte, dass Baugebote insbesondere für ältere Baugebiete als nicht umsetzbar betrachtet werden.

- **Wiederherstellung verschlossener Graben**

Es wurde durch einen Bürger die Frage gestellt, ob der verschlossene Graben in Richtung Schießstand wiederhergestellt wird. Der Vorsitzende erklärte hierzu, dass dies durch ihn geklärt werde.

Bebauungsplanverfahren „Hinter Goldschmitsgraben“

– **Beratung und Beschlussfassung über die Abwägung der innerhalb der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden gemäß der §§ 4a Abs. 3 Satz 1 i.V.m. 2 Abs. 2, 3 Abs. 2 als auch 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen und den Satzungsbeschluss**
In der Sitzung vom 21.05.2019 wurde der Aufstellungsbeschluss für den

Bebauungsplan „Hinter Goldschmitsgraben“ durch den Gemeinderat Lieser gefasst. Die Gebietsabgrenzung umfasst die Grundstücke Gemarkung Lieser, Flur 25, Flurstücke 42, 43, 44, 45, 46, 75/2, 104, 105, 106, 107, 108, 109/8, 119 (teilweise) und 120 (teilweise). Die genaue Abgrenzung des Bereiches konnten die Ratsmitglieder dem Lageplan entnehmen. Für den dargestellten Bereich wird nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplan aufgestellt.

In der Sitzung vom 18.10.2022 hatte der Ortsgemeinderat den Planentwurf gebilligt und beschlossen, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs.1 BauGB sowie eine Beteiligung der Nachbargemeinden als auch der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen. Die letztgenannten frühzeitigen Beteiligungen wurden im Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde vom 27.10.2022 bekanntgemacht und fanden im Zeitraum vom 04.11.2022 bis einschließlich dem 05.12.2022 statt.

Am 16.07.2024 hat der Ortsgemeinderat über die Abwägung der innerhalb der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, der Nachbargemeinden, Behörden und Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen beraten und diese beschlossen. Zusätzlich fasste der Ortsgemeinderat den Beschluss, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB durchzuführen. Letztere Beteiligungen wurden im Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde Bernkastel-Kues vom 01.08.2024 bekanntgemacht und fanden im Zeitraum vom 02.08.2024 bis einschließlich dem 13.09.2024 statt.

Aufgrund der öffentlichen Auslegung des Planentwurfs und der erfolgten Abwägung ergaben sich Änderungen bezüglich der Nutzungsart des Baugebietes. Demnach sollten Ferienhäuser ausgeschlossen und Ferienwohnungen nur untergeordnet (Fläche) zugelassen werden. Aus diesem Grund hat der Ortsgemeinderat in der Sitzung vom 22.10.2024 beschlossen, aufgrund der oben genannten Änderungen die Veröffentlichung der Planunterlagen gemäß § 4a Abs. 3 Satz 1 i.V.m. § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB erneut durchzuführen.

Die erneuten Beteiligungen wurden im Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde vom 07.11.2024 bekanntgemacht und fanden im Zeitraum vom 08.11.2024 bis einschließlich dem 09.12.2024 statt.

Über die im Rahmen der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit, der Nachbargemeinden, Behörden und Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (in Tabelle leicht grün hinterlegt) war nun anhand der vorbereiteten und dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügten Abwägungstabelle im Einzelnen zu beraten und erforderlichenfalls zu beschließen. Herr Heßer vom Planungsbüro Planung1 war in der Sitzung anwesend, und stellte die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen vor.

Der Ortsgemeinderat Lieser fasste folgende Beschlüsse:

1. Der Ortsgemeinderat fasst die Beschlüsse gemäß der den Sitzungsunterlagen beigefügten Abwägungstabelle.

2. Der Ortsgemeinderat beschließt: Die Verfahrensschritte zur Aufstellung des Bebauungsplans „Hinter Goldschmitsgraben“ sind abgeschlossen. Aufgrund der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit, der Nachbargemeinden sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange zum Planentwurf und der erfolgten Abwägung ergaben sich keine weiteren Änderungen. Der Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung zum Satzungsbeschluss vom 23.01.2025 wird hiermit als Satzung beschlossen. Die Begründung wird gebilligt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplan im Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde öffentlich bekannt zu machen und diesen somit zur Rechtskraft zu bringen.

4. Der Ortsgemeinderat beschließt, die Ausgleichsmaßnahmen des Bebauungsplans umzusetzen. Für die Umsetzung der öffentlichen Ausgleichsmaßnahmen werden die entsprechend benötigten finanziellen Mittel im Haushalt der Ortsgemeinde bereitgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt entsprechende Angebote einzuholen. Der Ortsbürgermeister wird beauftragt, im Benehmen mit den Beigeordneten die Vergabe an den wirtschaftlichsten Anbieter vorzunehmen.

Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren auf eine Umsetzung der privaten Ausgleichsmaßnahmen hinzuwirken.

Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe zur „Erneuerung der Stützmauer entlang eines Wirtschaftsweges“ in der Ortslage Lieser

An der Stützmauer entlang eines Wirtschaftsweges wurden gravierende Schäden festgestellt. Die Mauer übernimmt die Stützung des darüber führenden Wirtschaftsweges. Aufgrund des augenscheinlichen Schadensbildes ordnete die Verwaltung, in Absprache mit der Ortsgemeinde, eine Sperrung sowie eine Begutachtung durch einen Sachverständigen an, da die Standsicherheit der Mauer unter diesen Bedingungen ggf. nicht mehr gegeben ist. Ebenfalls wurden seitens des Ortsbürgermeisters die Unterlieger über die aktuelle Situation und somit auch über die Gefahrenstelle bezüglich der Stützmauer benachrichtigt.

In einem weiteren Ortstermin mit Vertretern der Verwaltung, dem Ortsbürgermeister und dem Sachverständigen Büro und Prüfinstitut für Baustoffe (WSP) wurde die Stützmauer begutachtet mit der Erkenntnis, dass eine Erkundung des Bodens und anschließende Erstellung eines Geotechnischen Berichtes unbedingt sinnvoll sei.

Um schnellstmögliche Ergebnisse über die Standsicherheit der Stützmauer zu erhalten wurde noch vor Ort das Büro WSP mit der Durchführung beauftragt.

Nach Durchführung und Auswertung der Untersuchungen durch das Büro WSP, lässt sich die Schadensentwicklung als latente Gefahr darstellen und eine Nutzungssperre des betroffenen Bereiches ist unabdingbar. Der Rückbau der Stützmauer und der Neubau eines Ersatzbauwerkes werden dringend empfohlen.

Weitere Vorhergehensweise wäre sinnvoll anzustreben:

- Neuplanung der Stützmauer mit statischer Berechnung
- Abriss der vorh. Mauer
- Neubau der Stützmauer inkl. Erdarbeiten, Fundament und Geländer

Die geschätzten Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 80.000,00 Euro brutto.

Die zunächst vorliegende Information, dass kein Förderprogramm hierfür eruiert werden könne, wurde durch den II. Beigeordneten korrigiert. Nach Rücksprache mit der ADD bestätigte diese, dass ein Förderprogramm existiere, zu dem die vorliegende Thematik passen könnte. Ein Antrag wurde demnach gestellt und es bleibe abzuwarten, wie die Entscheidung ausfällt.

Der Gemeinderat beschließt die Vergabe des Planungsauftrages sowie die Erstellung der Ausschreibung für die Erneuerung der Stützmauer an das Büro GSR (Gutachter Sachverständiger Reihnsner) aus Wittlich zu vergeben.

Die erforderlichen Mittel werden im Haushaltsplan berücksichtigt.

Beratung und Beschlussfassung über die 1. Änderung der Hauptsatzung der Ortsgemeinde Lieser

Gemäß § 6 Abs. 1 und 2 der Hauptsatzung der Ortsgemeinde Lieser vom 29.10.2024 erhalten Gemeinderatsmitglieder für die Teilnahme an Sitzungen des Gemeinderates eine Entschädigung in Form eines Sitzungsgeldes in Höhe von 15,00 €. Aus der Mitte des Rates wird nun die Erhöhung des Sitzungsgeldes beabsichtigt.

Zur Anpassung der Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Gemeinderates ist eine Änderung des § 6 Abs. 2 der Hauptsatzung der Ortsgemeinde Lieser vom 29.10.2024 erforderlich.

Im Rat wurde darüber diskutiert, ob eine Anhebung des Sitzungsgeldes überhaupt erforderlich sei. Der Vorsitzende erklärte, dass die bisher festgelegten 15 € dem Durchschnitt innerhalb der Verbandsgemeinde entspreche und somit angemessen sei. Dem wurde entgegnet, dass Mitglieder des Jugendparlaments jedoch 30 € erhalten. Nach kurzer Diskussion wurde festgehalten, dass dies dazu diene, politisches Engagement junger Menschen zu fördern.

Der Ortsgemeinderat Lieser beschließt das Sitzungsgeld in Höhe von 15 € beizubehalten und von der Änderung der Hauptsatzung in der derzeit gültigen Fassung abzusehen.

Wiederholungswahl der Ausschussmitglieder

Der Gemeinderat Lieser bildet gemäß § 2 Abs. 1 der Hauptsatzung folgende Ausschüsse:

- Haupt- und Finanzausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Ausschuss für Tourismus, Weinwerbung, Umsetzung Dorfcheck
- Ausschuss für Bauen, Wege und Friedhöfe
- Ausschuss für Soziales, Schulen, Jugend, Senioren

In der Sitzung des Ortsgemeinderates Lieser vom 12.11.2024 haben die Wahlen der Ausschussmitglieder stattgefunden. Allerdings wurden

- der Haupt- und Finanzausschuss,
- der Rechnungsprüfungsausschuss,
- der Ausschuss für Tourismus, Weinwerbung, Umsetzung Dorfcheck sowie
- der Ausschuss für Soziales, Schulen, Jugend, Senioren

nicht vollständig besetzt, sodass eine Wiederholungswahl erforderlich ist.

Der Ausschuss für Bauen, Wege und Friedhöfe wurde vollständig besetzt, sodass bei diesem keine Wiederholungswahl erforderlich ist. Es wurden folgende Personen als Mitglieder bzw. Stellvertreter zur Wahl in den Ausschuss für Bauen, Wege und Friedhöfe gewählt:

Mitglieder

Kiesgen, Barbara
Becker, Silvia
Mehn, Tanja
Becker, Volker
Birnfeld, Jan
Quint, Philipp
Kiesgen, Ralph
Griebler, Winfried

Stellvertreter

Jakoby, Uwe
Kochan-Platz, Nicole
Matzke, Roman
Kiesgen, Hans-Rudolf

Für die nachfolgenden Ausschüsse sind jedoch Wiederholungswahlen durchzuführen:

Haupt- und Finanzausschuss

Der Haupt- und Finanzausschuss besteht aus acht Mitgliedern und vier Stellvertretern, die allesamt aus der Mitte des Ortsgemeinderates zu wählen sind.

Es wurden folgende Ratsmitglieder als Mitglieder bzw. Stellvertreter zur Wahl in den Ausschuss der Ortsgemeinde Lieser vorgeschlagen:

Mitglieder

Marko Rößler
Jochen Kiesgen
Stefan Koch
Silvia Becker
Nicole Kochan-Platz
Barbara Kiesgen
Ulrich Schumann
Robin Kiesgen

Stellvertreter

Uwe Jakoby
Karin Stroh
Roman Matzke
Volker Becker

Sodann stimmte der Ortsgemeinderat dem Wahlvorschlag, wie vorgeschlagen zu.

Rechnungsprüfungsausschuss

Der Rechnungsprüfungsausschuss besteht aus drei Mitgliedern und zwei Stellvertretern, die allesamt aus der Mitte des Ortsgemeinderates zu wählen sind.

Es wurden folgende Ratsmitglieder als Mitglieder bzw. Stellvertreter zur Wahl in den Ausschuss der Ortsgemeinde Lieser vorgeschlagen:

Mitglieder

Markus Botzet
Nicole Kochan-Platz
Jan Birnfeld

Stellvertreter

Roman Matzke
Volker Becker

Sodann stimmte der Ortsgemeinderat dem Wahlvorschlag, wie vorgeschlagen zu.

Ausschuss für Tourismus, Weinwerbung, Umsetzung Dorfcheck

Der Ausschuss für Tourismus, Weinwerbung, Umsetzung Dorfcheck besteht aus acht Mitgliedern und vier Stellvertretern. Er wird aus Ratsmitgliedern und sonstigen wählbaren Bürgerinnen und Bürgern gebildet. Mindestens die Hälfte der Ausschussmitglieder soll Mitglied des Ortsgemeinderates sein; entsprechendes gilt für die Stellvertreter.

Es wurden folgende Personen als Mitglieder bzw. Stellvertreter zur Wahl in den Ausschuss für Tourismus, Weinwerbung, Umsetzung Dorfcheck der Ortsgemeinde Lieser vorgeschlagen:

Mitglieder	Stellvertreter
Jochen Kiesgen	Patricia Kiesgen
Markus Botzet	Tanja Mehn
Oliver Platz	Robin Kiesgen
Katharina Lörsch	Marco Rößler
Petra Schewe	
Karin Stroh	
Anna Dusemund	
Emma Kiesgen	

Sodann stimmte der Ortsgemeinderat dem Wahlvorschlag, wie vorgeschlagen zu.

Ausschuss für Soziales, Schulen, Jugend, Senioren

Der Ausschuss für Soziales, Schulen, Jugend, Senioren besteht aus acht Mitgliedern und vier Stellvertretern. Er wird aus Ratsmitgliedern und sonstigen wählbaren Bürgerinnen und Bürgern gebildet. Mindestens die Hälfte der Ausschussmitglieder soll Mitglied des Ortsgemeinderates sein; entsprechendes gilt für die Stellvertreter.

Es wurden folgende Personen als Mitglieder bzw. Stellvertreter zur Wahl in den Ausschuss für Soziales, Schulen, Jugend, Senioren der Ortsgemeinde vorgeschlagen:

Mitglieder	Stellvertreter
Anna Dusemund	Jochen Kiesgen
Karin Stroh	Maria Scharlock
Barbara Kiesgen	Nicole Kochan-Platz
Tanja Mehn	Jan Birnfeld
Enrico Scharlock	
Gisela Kappes	
Sylvia Pauly-Botzet	
Sonja Brösch	

Sodann stimmte der Ortsgemeinderat dem Wahlvorschlag, wie vorgeschlagen zu.

Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Pflege des Baumkatasters sowie der Durchführung von regelmäßigen Baumkontrollen in der Ortsgemeinde Lieser

Um die Verkehrssicherheit im öffentlichen Raum zu gewährleisten, sind die

Kommunen verpflichtet, ihre Bäume turnusmäßig durch Fachpersonal kontrollieren zu lassen und in einem Baumkataster zu erfassen. Betroffen sind hiervon alle Bäume in der öffentlichen Verkehrssicherungspflicht an Straßen, Wegen, Plätzen, Grünanlagen sowie Außenanlagen öffentlicher Gebäude ab einem Stammdurchmesser von 10 cm. In der Ortsgemeinde Lieser sind dies ca. 160 Einzelbäume sowie ein waldartiger Bereich mit weiteren Bäumen in sicherheitsrelevanten Baumgruppen.

Der Vertrag mit der bisher beauftragten Firma „Der Gartenzwerg“ (In der Sitzungsvorlage wurde hier fälschlicherweise die Firma Forstbüro Matt als Vertragspartner bezeichnet) war nach 5 Jahren am 31.12.2024 ausgelaufen. Im Rahmen der Ausschreibung wurden drei Unternehmer angefragt.

Im Rahmen der Angebotsanfrage sind drei Angebote eingegangen. Der wirtschaftlichste Bieter war erneut das Unternehmen „Der Gartenzwerg“.

Für die neue Ausschreibung wurden Angebote auf der Grundlage eines Vertrages mit einer Laufzeit von zunächst einem Betreuungszyklus mit der Option einer dreimaligen Verlängerung um jeweils einen Betreuungszyklus eingeholt. Der Vertrag verlängert sich automatisch, wenn er nicht 3 Monate nach Eingang des letzten Kontrollberichtes von einem der Vertragspartner gekündigt wird. Als endgültiges Vertragsende ist spätestens der 31.12.2030 vorgesehen.

Der Ortsgemeinderat Lieser vergibt die Durchführung der jährlichen Baumkontrollen sowie die Erstellung und Fortführung des Baumkatasters an die Firma „Der Gartenzwerg“ zu den angegebenen Konditionen.

Veröffentlichung von Protokollen mit vollständigen Einzelwortbeiträgen bzw. Einzelmeinungen im Mitteilungsblatt der VGV

Zu Beginn verlas der II. Beigeordnete eine persönliche Erklärung zu diesem Tagesordnungspunkt.

In der Vergangenheit war in Veröffentlichungen von einigen Sitzungsprotokollen des Gemeinderates die Trennung von Ratsbeschlüssen und Einzelmeinungen nicht deutlich erkennbar. So konnte der Eindruck entstehen, dass diese unwidersprochene Einzelmeinung die Mehrheitsmeinung des Rates darstellt. Aus diesem Grund hat die Gemeindeordnung in § 41 dieses Recht nur den Fraktionen vorbehalten von denen es im Lieserer Gemeinderat keine gibt.

VV 8.3 zu § 41 GemO

Die Verpflichtung der Gemeindeverwaltung, die Einwohner über die Ergebnisse der Ratssitzungen zu unterrichten (Absatz 5), bezieht sich nur auf den sachlichen Inhalt der für die Einwohner wichtigen Ratsbeschlüsse (z. B. Beschlüsse über Satzungen, Bauleitpläne, Erhebung oder Änderung von Abgaben, Planung wichtiger Bauvorhaben), nicht dagegen auf die Sitzungsniederschrift, die Abstimmungsergebnisse oder den Verlauf der Beratung (Diskussion) und die dabei geäußerten Meinungen. Soweit Gemeindeausschüssen die abschließende Entscheidung übertragen ist, erstreckt sich die Unterrichtungspflicht im Umfange des Satzes 1 auch auf die für die Einwohner wichtigen Beschlüsse dieser Ausschüsse.

Aus dem Rat wurde hierzu festgestellt, dass das Problem nicht die Stellungnahmen im Rat selbst sei, sondern deren Veröffentlichung. Es wird befürchtet, dass es zu Missverständnissen darüber kommen kann, ob es sich hierbei um Einzelmeinungen oder die Meinung des Rates als solchen handelt. Eine Trennung sei in der Vergangenheit nicht immer klar erkennbar gewesen.

Aus dem Rat wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass man weiterhin alle Stellungnahmen und Erklärungen weiterhin zulassen und in der Niederschrift aufnehmen müsse, aber ggf. nicht mehr alles veröffentliche. Das Ziel soll insgesamt sein, dass die Niederschriften knapper werden und sich auf wesentliche Inhalte beschränken soll.

Aus dem Rat wurde ferner der Wunsch geäußert, dass Niederschriften im Zweifel durch den Ortsbürgermeister gekürzt werden sollen.

Nach kurzer Diskussion stimmte der Gemeinderat über folgende Beschlussvorlagen ab:

1. Der Gemeinderat nimmt den Antrag an. Einzelmeinungen oder Erklärungen von einzelnen Ratsmitgliedern oder Beigeordneten werden nicht mehr im Amtsblatt der VG veröffentlicht.

Der Antrag wurde abgelehnt.

2. Auf Antrag und im Einvernehmen (Mehrheitsbeschluss) mit dem Gemeinderat kann eine Einzelmeinung oder Erklärung von einzelnen Ratsmitgliedern oder Beigeordneten zugelassen und im VG- Amtsblatt veröffentlicht werden. Eine Einzelmeinung muss als solche im VG-Amtsblatt deutlich (z.B. durch kursive Schrift und in Anführungszeichen) gekennzeichnet werden.

Dem Antrag wurde zugestimmt.

3. Ergänzung zum Beschlussvorschlag:
Die Einzelmeinung ist auf maximal 100 Worte zu begrenzen.

Dieser Vorgabe wurde zugestimmt.

Kenntnisnahme des Jahresabschlusses 2023 der AöR Energiewelt „Hunsrück-Mosel“

Der Verwaltungsrat der Energiewelt „Hunsrück-Mosel“ - Anstalt des öffentlichen Rechts hat in seiner Sitzung am 27. November 2024 den Jahresabschluss 2023 zum 31. Dezember 2023 festgestellt und die Entlastung des Vorstandes erteilt.

Die Wirtschaftsprüfer haben einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk testiert. Die Buchführung sowie die weiteren Unterlagen entsprechen den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung.

Der Jahresabschluss der AöR Energiewelt „Hunsrück-Mosel“ zum 31. Dezember 2023 wurde in der vorliegenden Form festgestellt mit einer Bilanzsumme in Aktiva und Passiva in Höhe von 4.800.471,18 €. Der in Übereinstimmung mit der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Jahresgewinn in Höhe von 905.320,47 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Dem Vorstand wurde für das Jahr 2023 Entlastung erteilt.

Der Durchführung einer letztmaligen Sondertilgung im Wirtschaftsjahr 2024 in Höhe von rd. 113.390 € wird zugestimmt

Da die Ortsgemeinde Lieser an der AöR Energiewelt „Hunsrück-Mosel“ beteiligt ist, ist der Gemeinderat über das Ergebnis des Jahresabschlusses in Kenntnis zu setzen.

Mitteilungen **und** **Anfragen**

Der Vorsitzende trug zunächst folgende Information vor:

- Im Rahmen der Ausübung eines Rücktrittsrechtes im Zusammenhang mit der Bauleitplanung ist die Ortsgemeinde verpflichtet, die Grundstücke auf eigene Kosten zu roden. Für die Rodungsarbeiten an einem Grundstück liegt ein Angebot der Fa. AGROrent Bernkastel GmbH vor. Nach Auskunft der Fa. AGROrent benötigte diese bis zum 24.01.2025 den Auftrag zur Rodung, ansonsten sei die Durchführung der Arbeiten im Jahr 2025 nicht mehr möglich. Entsprechend der in der Hauptsatzung festgelegten Wertgrenzen hat der Ortsbürgermeister den Auftrag im Einvernehmen mit den Beigeordneten erteilt.
- Von Seiten eines Bürgers wurde die Anfrage gestellt, ob eine Verkehrsmessung zwischen Marktplatz und Schloss möglich sei. Der Vorsitzende berichtete dazu, dass dies bereits geprüft wurde und das Problem die fehlende Befestigungsmöglichkeit des Gerätes in diesem Bereich sei. Eine Möglichkeit sei jedoch, dass man das Gerät mit Hilfe einer vorhandenen Säule auf privatem Grundstück aufstellt. Der entsprechende Grundstückseigentümer soll hierzu um Genehmigung gebeten werden.
- Es wurde weiterhin darauf hingewiesen, dass die Beleuchtung zwischen Schloss und Damm defekt sei bzw. flackere. Aus dem Rat wurde hierzu berichtet, dass das Problem bekannt sei. In diesem Bereich liegt ein Massefehler vor, der ggf. nur mit erneutem Aufbaggern zu beheben sei. Die Sache werde weiter geprüft.
- Der II. Beigeordnete berichtete, dass der Bedarf nach einer Bürgerversammlung in der Ortsgemeinde besteht. Eine zunehmende Zahl an Maßnahmen macht es erforderlich, dass Bürger hierüber informiert werden. Es besteht Einigkeit im Rat darüber, dass ein Termin für eine Bürgerversammlung festgelegt und Themen bestimmt werden sollen.
- Aus dem Rat wurde darüber informiert, dass im Bereich der Grundschule die Beleuchtung 24 Stunden brennt, auf der gegenüberliegenden Seite hingegen überhaupt nicht. Dies soll geklärt werden.
- Weiterhin gab der Vorsitzende die Ergebnisse der Verkehrsmessungen bekannt. Insgesamt lässt sich nach deren Auswertung feststellen, dass die größten Geschwindigkeitsüberschreitungen in der Beethovenstraße erfolgt sind. Die geringsten Werte wurden in der Paulsstraße festgestellt.
- In diesem Zusammenhang wurde von einem Bürger berichtet, dass die Verkehrsbelastung in der Paulsstraße ohnehin groß sei und die Anwohner befürchten, dass durch die im Zuge des neuen Baugebietes dort lang geführten

Lastkraftwagen dieses Problem verstärkt wird. Zudem belastet der zu- und abfahrende Verkehr des Ruheforsts zusätzlich die Situation.

Es wurde daraufhin vorgeschlagen, dass auch in diesem Bereich eine Verkehrsmessung durchgeführt werden soll. Es wurden zudem alternative Verkehrsführungen diskutiert. Eine weitere Erörterung des Themas soll jedoch im zuständigen Ausschuss erfolgen.

- Bezüglich des Wirtschaftsweges Niederberg wurde darauf hingewiesen, dass erhebliche Kosten zu erwarten sind. Aufgrund zweier nasser Jahre in Folge haben sich die Mauern extrem verschoben. Es wurde vorgeschlagen, eine 2. Flurbereinigung in Betracht zu ziehen, um Gelder zu generieren. Die Thematik soll in einer Bürgerversammlung behandelt werden.
- Aus dem Rat wurde nach dem Stand des Jugendraumes gefragt. Hierzu wurde berichtet, dass im Rahmen eines Projekttages viel geschehen sei. Zwischenzeitlich sei bspw. die Elektrik instandgesetzt und Lampen ausgetauscht worden. Zukünftig soll zudem die Hausordnung überarbeitet und größere Veranstaltungen angemeldet werden.
- Durch ein Ratsmitglied wurde über die Möglichkeiten einer sogenannten Sportbox berichtet. Es wurden Nutzungsmöglichkeiten, Kosten und Fördermöglichkeiten präsentiert. Das Angebot müsse an die ländlichen Strukturen angepasst werden, jedoch sei eine Anschaffung besonders im Zuge der Turnhallensanierung sinnvoll, um ein Ersatzangebot zu schaffen. Nach kurzer Diskussion bezüglich technischer Ausrüstung der Sportbox wurde vorgeschlagen, dem zuständigen Ausschuss die Entscheidung hierüber zu überlassen. Der Gemeinderat stimmte dem einvernehmlich zu.
- Weiterhin wurde berichtet, dass ein Tannenbaum am Kahlenberg nach dem letzten Sturm viele dicke Äste verloren habe und der Baum entfernt werden müsse, da ein Umlegen nicht funktionieren würde. Das Ratsmitglied Volker Becker bot hierzu an, dies durchzuführen. Ein Ausgleich für den Baum könne vorliegend durch die Schenkung eines Bürgers erfolgen. Ein entsprechendes Angebot für einen Nutzbaum liege bereits vor. Der vorhandene Streifen Obstbäume könne hierdurch ergänzt werden.
- Abschließend wurde angeregt über die Anschaffung eines Weinautomaten nachzudenken. Grundsätzlich bestehen hiergegen keine Einwände, jedoch soll der zuständige Ausschuss sich hiermit befassen.

Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse gemäß § 35 Abs. 1 Gemeindeordnung (GemO)

- Der Gemeinderat fasste 2 Beschlüsse in Pachtangelegenheiten.